

Russland und der „Kalte Krieg“

Autor: Hans-Henning Schröder ¹

Stand: 25.02.2016

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz setzte sich der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew sehr kritisch mit der internationalen Lage auseinander. Er kritisierte das Versagen der europäischen Sicherheitsordnung und den Verlust des Vertrauens in Europa. Und er erklärte: „Man kann es auch schärfer ausdrücken: wir sind im Grunde genommen in die Zeiten eines neuen Kalten Krieges abgeglitten.“

Das waren deutliche Worte in einer klaren, gut durchgegliederten Stellungnahme, die die russischen Interessen intelligent darlegte. Dass die Rede die Entwicklung aus einem russischen Blickwinkel darstellte und die groben Verletzungen der Grundsätze von Helsinki durch die russische Führung unterschlug, kann man dem russischen Ministerpräsidenten kaum ankreiden – er muss die Interessen seiner Regierung vertreten.

Der Bezug auf den „Kalten Krieg“ und die Erwähnung des Jahres 1962 ist aber nicht nur die plakative Warnung vor einer neuen Konfrontation in Europa und der Welt, die Wortwahl verrät etwas über die Denkweise der russischen Führung.

Medwedew unterstellte damit, dass die Welt heute wie die damals in zwei Lager zerfallen ist und die Konfrontation zwischen „Ost“ und „West“ eine Schärfe erreicht hat, wie zur Zeit der Kuba-Krise. Und er ging wie selbstverständlich davon aus, dass Russland auf Augenhöhe mit den USA agiert.

Der „Kalte Krieg“, der 1948 einsetzte und erst nach 1987 mit der *perestrojka* in der Sowjetunion und der Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation 1989/90 war vor allem durch zwei Momente charakterisiert:

- Er war eine Konfrontation zwischen zwei ideologischen Lagern. Das sozialistische System stellte sich als eine historische Alternative zum Kapitalismus dar. Die „kapitalistische Welt“ verstand die sozialistische Idee als Bedrohung auf. Die beiden Lager standen in einem ökonomischen, politischen und militärischen Wettbewerb, der immer wieder zu Krisen führte

Zitierweise: Schröder, H.-H., Russland und der „Kalter Krieg“, O/L-1-2016,
http://www.ostinstitut.de/documents/Schröder_Russland_und_der_Kalte_Krieg_OL_1_2016.pdf.

¹ Prof. em. Dr. Hans-Henning Schröder, Politikwissenschaftler, bis April 2014 wissenschaftlicher Direktor am Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit in Berlin.

- In diesem Wettbewerb standen sich zwei hochgerüstete Blöcke gegenüber, die machtpolitisch auf Augenhöhe agierten. Die „Supermächte“ USA und die UdSSR waren die Führungsmächte der beiden Lager.

Wenn Ministerpräsident Medwedew die heutige Weltlage als neuen „Kalten Krieg“ versteht, dann manifestiert sich darin ein Kernproblem der gegenwärtigen russischen Außenpolitik.

Denn es gibt heute keinen „Kalten Krieg“: Es existieren keine ideologischen Lager mehr: die Russländische Föderation ist ein kapitalistisches Land wie andere auch. Russland stellt heute keine historische Alternative mehr dar. Es kann daher auch keinen Wettbewerb der Lager mehr geben. Es gibt auch keine Lager mehr – die Russländische Föderation ist ein einzelner Staat, der versucht, in einer multipolaren Welt von den anderen großen Akteuren – China, die USA, die EU, aber in der Perspektive auch von Indien und Brasilien – akzeptiert zu werden. In diesem Kontext bemüht sich die russische Führung, die postsowjetische Nachbarschaft als Interessensphäre zu organisieren. Der Fall Ukraine ist ein Beispiel dafür, wie der Integrationsdruck, den die russische Führung ausübt, regionale Konflikte herbeiführt.

Auch die Annahme, dass Russland auf Augenhöhe mit den anderen Mächten agieren kann, ist nur teilweise berechtigt. Im Bereich der Nuklearrüstung ist Russland zwar immer noch auf einem ähnlichen Niveau wie die USA. Im Bereich konventioneller militärischer Rüstung war Russland nach 1991 aber weit zurückgefallen. Erst durch die Militärreform der letzten Jahre und die militärischen Fähigkeiten wieder stärker geworden. Die Besetzung der Krim durch Spezialkräfte im Jahr 2014 und die rasche Verlagerung von Luftstreitkräften nach Syrien im Herbst 2015 zeigen, dass ein Teil der russischen Streitkräfte einsatzfähig ist, und dass das Land über ausreichende logistische Fähigkeiten verfügt, um über größere Distanzen eine begrenzte militärische Macht zu demonstrieren.

Doch was die Grundausstattung einer modernen Großmacht angeht, das wirtschaftliche und wissenschaftliche Potential, so liegt Russland hinter China, den USA und dem Euroraum weit zurück. Selbst wenn man beim Vergleich der Bruttoinlandsprodukte die für Russland günstigste Methode wählt, die der Kaufkraftparität (PPP), ist die russische Wirtschaft schwächer als die der Bundesrepublik. Die Bruttoinlandsprodukte Chinas und der USA übertreffen das Russlands etwa um das Fünffache. Noch gravierender ist der technologische Rückstand: fragt man nach Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt, dann haben die USA im Jahre 2014 71.700 Patente angemeldet, Japan 48.600, die Bundesrepublik 31.600 und China 26.400. Aus der Russländischen Föderation kamen gerade 967 Anmeldungen. Das ist nicht die Basis einer modernen Großmacht und dokumentiert das Versagen russischer Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik.

Es gibt weder Lager noch einen ideologischen Gegensatz, noch konkurriert Russland auf Augenhöhe mit China, den USA und der EU. Es fehlen also die wesentlichen Voraussetzungen, um von einem „Kalten Krieg“ zu sprechen. Es geht vielmehr um eine Konfrontation, die aus dem Versuch eines Regimes entsteht, die internationalen Machtverhältnisse zu revidieren.

Die russische Führung, die sich als Erbe der sowjetischen „Supermacht“ sieht, strebt die Anerkennung seiner Rolle im internationalen System an. Das könnte sie durch eine Politik erreichen, die auf die Steigerung der Wirtschaftsleistung und der Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft setzt – ein wirtschaftlich starkes, innovatives Russland wäre kaum zu übergehen. Die Modernisierungspartnerschaft, die die Bundesregierung 2007 formulierte, und die später die EU übernahm, war ein Angebot, den russischen Entwicklungsrückstand durch Integration nach Europa zu überwinden.

Seit Ende 2011 geht die russische Führung aber einen anderen Weg. Sie betreibt keine inneren Reformen, sondern versucht Russlands Rolle durch Integration des eurasischen Raumes abzusichern. Im Innern setzt das Regime nach der inneren Krise des Winters 2011/2012 auf nationale Mobilisierung und Abgrenzung nach außen. Die Kombination aus nationalistischer Wende und expansiver Nachbarschaftspolitik führte 2014 zur Annexion der Krim. Dieser Schritt verschaffte dem Regime innenpolitisch den notwendigen Rückhalt, brachte das Land aber in scharfen Gegensatz zu seinen Nachbarn. Außerdem beschädigte diese Politik das europäische Sicherheitssystem, das auf gegenseitigem Vertrauen basierte.

Die riskante Politik der russischen Führung, die durch expansives Ausgreifen auf die Nachbarn die Anerkennung als Großmacht erzwingen will, hat aber nur bedingt Erfolg. Zwar akzeptieren die anderen großen Staaten, dass eine Regulierung des Ukraine-Konflikts ohne Zusammenarbeit mit Russland nicht möglich ist – sie akzeptieren Russland auch als wichtigen Akteur im syrischen Bürgerkrieg –, doch verlor die russische Volkswirtschaft an Schwung. Daran waren weniger die Sanktionen der EU und der USA schuld. Diese hatten und haben nur eine begrenzte Einwirkung. Doch zum Unglück für Russland brachen 2014 die internationalen Ölpreise ein und brachten das Land, dem es über 15 Jahre nicht gelungen ist, eine moderne, leistungsfähige verarbeitende Industrie aufzubauen, an den Rand einer Wirtschafts- und Finanzkrise.

In dieser Situation wäre eine umfassende Reformpolitik notwendig, eine Veränderung der Industriestruktur, eine Stärkung der verarbeitenden Industrie und des innovativen Sektors. Angesichts knapper Kassen müssten die Mittel dafür aus dem Ausland kommen. D.h. eine Wirtschaftsreform müsste Hand in Hand mit einer Wende der Außenpolitik und dem Abbau von Feindbildern gehen. Ministerpräsident Medwedew hat unlängst eine solche Wirtschaftspolitik skizziert (allerdings ohne die außenpolitischen Konsequenzen zu berühren). Sein Aufsatz „Neue Realität: Russland und die globalen Herausforderungen“, der im September 2015 in der Regierungszeitung „Rossijskaja gazeta“ erschien, fand jedoch weder im Russland noch im Ausland ein Echo.

Für die russische Führung ist dies jedoch im Moment keine Option. Denn der Abbau von Feindbildern und die Öffnung nach Europa könnte die innenpolitische Stabilisierung gefährden, die 2014 über den patriotischen Konsens gelungen ist. In dieser vertrackten Situation – das ökonomisch Richtige ist innenpolitisch das Falsche – hat die russische Führung die Flucht nach vorne ergriffen und militärisch

in Syrien interveniert. Damit bringt sie sich wieder als Partner bei der Lösung internationaler Konflikte ins Spiel. Das ist kurzfristig keine ungeschickte Politik – man bietet Kooperation bei der Beendigung eines Bürgerkrieges an, wenn die USA und die europäischen Staaten die Grenzverschiebungen in der Ukraine stillschweigend akzeptieren. Damit wäre die innere Stabilität zunächst gesichert und Russland hätte sich wieder als Akteur auf internationalem Parkett etabliert.

Allerdings hat diese Strategie eine gravierende Schwäche: die Wirtschaft wird damit nicht gestärkt. Der Großmacht fehlt nach wie vor das ökonomische Unterfutter. Präsident Putin scheint nicht die Kraft zu finden, eine Politik durchzusetzen, die auf ökonomische *ratio* setzt und nicht auf das patriotische Narrativ. Das Ende seiner Präsidentschaft ist nicht absehbar – 2018 könnte er für weitere sechs Jahre gewählt werden. Andererseits kann sich das Regime einen Verzicht auf Reformen in der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Sozialpolitik nicht leisten. Will man keinen Politikwechsel – und die Führungsgruppe sucht ihn offensichtlich zu vermeiden –, dann bleibt nur die Hoffnung auf den Wiederanstieg der Ölpreise...

©Ostinstitut Wismar, 2016
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751